

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

14.10.1925 (No. 238)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionell
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe.

Werbung: Monatlich 3.—, Vierteljährlich 10.—, Halbjährlich 18.—, Einmalig 10.—, Anzeigengebühr 14.—, Anzeigen für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite...
Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Baden, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Propagandawagen bei den Landtagswahlen

Bei den letzten Wahlen ist es bei der Verwendung von Propagandawagen verschiedentlich zu schweren Unzulänglichkeiten gekommen. Um derartigen bedauerlichen Vorkommnissen bei den bevorstehenden Landtagswahlen vorzubeugen, hat das Ministerium des Innern den zuständigen Stellen nahegelegt, den Besuch durch auswärtige Propagandawagen in denjenigen Gemeinden zu verhindern, bei denen dies notwendig erscheint. Weitere Einschränkungen aus verkehrspolizeilichen Gründen bleiben dabei unberücksichtigt. Allgemein ist durch die Polizeibehörden zu verhindern, daß Propagandawagen Waffen, gefährliche Werkzeuge und solche Gegenstände, die als Waffe benutzt werden können, mit sich führen.

Osterreich und der Anschlußgedanke

Schwere Zusammenstöße im österreichischen Nationalrat

Im österreichischen Nationalrat kam es am Dienstag zu einem äußerst heftigen Zusammenstoß zwischen den Sozialdemokraten und dem Außenminister Dr. Mataja. Der Gegenstand der Beratung war die zweite Lesung der jüngst vom Hauptauschuß mit Mehrheit angenommenen Resolution des Völkerverbundes. Ein sozialdemokratischer Redner kritisierte in scharfer Weise die Tätigkeit der Regierung Seipel und die Haltung der Mehrheitsparteien, insbesondere der Großdeutschen Partei.

Der Abg. Leuthner besprach ausführlich die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland. Seine Angriffe wandten sich darauf gegen den amtierenden Außenminister Mataja, den er als den ärgsten Wähler gegen den Anschluß und als den schlimmsten Feind, den Deutschland in Osterreich habe, bezeichnete. Mataja antwortete, daß die große deutsche Partei noch Partei nennen, die wegen ihrer Wählerhäufung sich so etwas von dem Führer der Außenpolitik gefallen läßt, auf den als Diener des französischen Imperialismus und als Werkzeug der französischen Gesellschaft hingewiesen wird und der ein wahrhaft fruchtbares Vorgehen an den Tag lege? Als Leuthner seine mehrstündigen Ausführungen mit der Versicherung geschlossen hatte, daß seine Partei als Anschlußfreunde alles daran setzen würde, ihrer Idee zum Durchbruch zu verhelfen, erhob sich sofort Mataja und richtete an die Opposition die Frage, ob sie denn nicht Leuthners Ausführungen mißbillige. Die Sozialdemokraten antworteten mit stürmischen Nein-Aufen. Mataja erklärte, die Behauptungen Leuthners entbehren jeder Grundlage. Als Mataja sich weiter schärfte gegen die Darlegungen Leuthners wandte, stürzten die Sozialdemokraten gegen die Ministerbank. Leuthner schlug wiederholt vor Mataja mit der Faust auf den Tisch und rief „Frecher Lausbube, nimm Dein Wort zurück“, und schrie dann hinter die Ministerbank auf Mataja zu. Nur mit Mühe gelang es seinen eigenen Parteigenossen, ihn zurückzuführen.

Gegen 5 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen und um 7 1/2 Uhr wieder aufgenommen.

Eine Dänemerkonferenz des Nationalrats, die sich für die Entscheidung des Zwischenfalls als inkompetent hinstellte, erklärte, es sei Sache der Regierung, festzustellen, ob sie sich mit Mataja solidarisch erkläre. In der Konferenz richteten die Vertreter des sozialistischen Verbandes an die Regierung zwei Fragen, die folgenden Wortlaut haben: 1. Identifiziert sich die Regierung mit den unsfälligen Beschimpfungen, welche der Minister Mataja gegen den Abg. Leuthner ausgesprochen hat? 2. Ist die Regierung bereit, dem Verband der sozialistischen Abgeordneten für die Beschimpfungen Genugtuung zu geben?

Anschlußkundgebung der deutschen Postbeamten

Die der Internationale des Post-Telegraphen- und Telephonpersonals, Sitz Wien, angeschlossenen deutschen Postbeamtenverbände, der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamten und der deutsche Verkehrsverband veranstalteten am Dienstag in Berlin eine Kundgebung für die Vereinigung Deutschlands und Osterreichs. Der erste Vorsitzende der Postgewerkschaft Deutsch-Osterreichs, Alois Jach, überbrachte die Grüße der österreichischen Kollegenschaft und betonte, daß der Anschluß Deutsch-Osterreichs eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstelle. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß ausländische politische Kräfte immer noch am Werke sind, um den Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland zu verhindern. Sie stellen überdies fest, daß das Anschlußverbot im ausdrücklichen Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht, für das die Alliierten vorgaben, den Krieg geführt zu haben, im Widerspruch auch zu den Grundbegriffen der Demokratie und Völkerverständigung, auf denen ein friedliches und glückliches Europa aufgebaut werden kann. Die Versammlung erklärt ihren festen Willen, den Anschluß Deutschlands mit Osterreich auch weiterhin mit allen Kräften zu fördern.

Die Großdeutschen für wirtschaftliche Angliederung

Präsident Dr. Dinghofer erklärte bei der Tagung der Großdeutschen Partei, die Zukunft Osterreichs liege in der wirtschaftlichen Angliederung an das Deutsche Reich. Deutschland beginne seine verlorene weltpolitische Initiative wiederzugewinnen. Es trete aus dem Stadium des Objekts in das des Subjekts.

* Locarno u. der Nationalismus

Wenn es keinen Nationalismus in Frankreich und in Deutschland gäbe, würde man sich in Locarno wohl längst geeinigt haben. Da aber sowohl die deutsche, wie die französische Delegation auf die Nationalisten ihres Landes Rücksicht nehmen müssen, schleppen sich die Verhandlungen hin, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre eine Einigungsformel über die noch strittigen Punkte zu finden. Würde man Stresemann und Briand von den heimischen Einflüssen lösen können und beide ganz unbefangenen an eine Aussprache herangehen lassen, so würde sich sicher bald ein Abkommen herbeiführen lassen.

Denn das eine Ziel der Konferenz von Locarno, der Westpakt, scheint inzwischen erreicht zu sein. Wie es heißt, ist bereits eine Formulierung dieses Pakts gefunden, welcher alle beteiligten Staaten zustimmen können. Allerdings war diese Einigung ja schon von vornherein zu erwarten. Wir haben bereits vor 14 Tagen an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten sich nicht aus dem Westpakt, sondern aus den damit zusammenhängenden, anderen Fragen ergeben würden.

Die wichtigsten dieser Fragen betreffen den Paragraphen 16 der Völkerverbündungs- und die Ostgarantie Frankreichs. Weiter wird die Situation, vom Standpunkte Frankreichs aus gesehen, kompliziert durch gewisse Wünsche, welche die deutsche Delegation vorgebracht hat, Wünsche, die sich auf die Räumung der Kölner Zone, die Erleichterung der Befahrungsvorschriften und die Vordatierung der Volksabstimmung im Saargebiet beziehen. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß, wenn der Westpakt abgeschlossen wird und Deutschland in den Völkerverbund eintritt, diese Wünsche erfüllt werden. Denn entweder ist der Geist, der über dem Westpakt waltet, faktisch ein wahrhaft friedlicher und verständlicher, oder er ist es nicht. Soll er es sein, dann ergibt sich die Erfüllung unserer Wünsche als notwendige Konsequenz eines solchen Geistes ganz von selbst. Aber da sind nun leider die französischen Nationalisten, auf welche Briand Rücksicht nehmen zu müssen glaubt. Und sei es auch nur in der Form.

Briand will mündlich offenbar die Erfüllung unserer Wünsche zusichern. Aber schriftlich will er sich aus Angst vor den Nationalisten seines Landes nicht festlegen. Ferner aber will er die Ostgarantie Frankreichs mit der Bewilligung unserer Forderungen verkoppeln, während wir der Ansicht sind, daß der Ostpakt eine Sache für sich ist, und unter keinen Umständen darin einwilligen werden, daß Frankreich als Garant der abzuschließenden östlichen Schiedsverträge eine Sonderstellung bekommt, die ihm womöglich den Durchmarsch durch Deutschland gestattet.

Was den Paragraphen 16 anlangt, so scheint sich hier eine gewisse Annäherung ergeben zu haben. Eine Kompromißlösung könnte darin erblickt werden, daß für den Fall eines Durchmarsches die Einstimmigkeit der im Völkerverbund vertretenen Stimmen zur Voraussetzung gemacht wird, oder daß Deutschland, falls eine Exekution vom Völkerverbund beschlossen werden sollte, für sich die absolute Handlungsfreiheit zugesichert erhält.

Noch gänzlich ungelöst aber ist das Problem der Ostgarantie Frankreichs und im Zusammenhang damit die Frage, ob die von uns gestellten nationalen Forderungen von Frankreich erfüllt werden oder nicht. Natürlich sind diese Forderungen Forderungen des gesamten deutschen Volkes. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Unterschiede in der Auffassung müssen erst dann hervortreten, wenn es sich darum handelt, zu entscheiden, wie weit man mit der Vertretung jener Forderungen gehen will, d. h. ob man entschlossen ist, die ganze Konferenz aufzuliegen zu lassen, falls Frankreich kein Entgegenkommen, und zwar kein in aller Form ausgesprochenes Entgegenkommen bekundet. Da bei einer Kompromißlösung schließlich von beiden Seiten Abstriche vorgenommen werden müssen, wäre es jedenfalls gut, wenn diese Fragen nicht unter dem Hochdruck nationaler Leidenschaft erledigt würden.

Daß es die Pflicht der deutschen Delegation ist, alles daran zu setzen, um jene Forderungen durchzudrücken, versteht sich von selbst. Schließlich wird die Entscheidung für unsere Delegation erst dann, wenn es sich um die Beantwortung der Frage handelt, ob man wegen

dieser Forderungen die ganze Konferenz scheitern lassen soll oder nicht. Und sicherlich ist Staatssekretär Kempner nur deshalb zur Verichterstattung an den Reichspräsidenten und an das Reichskabinett nach Berlin gereist, um die Beantwortung dieser Schicksalsfrage vorzubereiten. Briand befindet sich in derselben Lage. Auch er steht vor der Frage, ob er die Konferenz aus Rücksicht auf die französischen Nationalisten aufzuliegen lassen soll oder nicht.

Bei alledem bleibt immer noch die Möglichkeit offen, erst einmal den Westpakt abzuschließen und die Erledigung der anderen Fragen einer späteren Konferenz zu überlassen. Aber man darf dabei nie vergessen, daß bei dem Westpakt Deutschland derjenige Staat ist, der am meisten zu geben hat. Eine solche Situation darf man wohl nicht ungenutzt lassen. Das Interesse Frankreichs an dem Westpakt ist zweifellos noch um einige Grad größer, als das unsrige. Es wäre also nicht mehr als recht und billig, wenn es dieser Tatsache auch gewisse Opfer brächte. Auch in der Frage der Ostgarantie könnte es mit dem Moment, in welchem Deutschland dem Völkerverbund beiträgt, von seiner bisherigen Auffassung abweichen, indem es die ganze Sorge für die zukünftige Entwicklung der Ostfragen dem Völkerverbund überläßt.

Die Konferenz von Locarno

Kritische Zuspitzung?

Meldungen über eine kritische Zuspitzung bezw. einen drohenden Abbruch der Konferenz werden in Berlin als übertrieben bezeichnet, auch könne von einem Abbruch der Verhandlungen keine Rede sein. Auch der heutige Neutellerbericht ist optimistisch und besagt, daß in Locarno alle denkbaren Anzeichen dafür bestehen, daß die Konferenz in der nächsten Woche und zwar mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abschließen werde. Jedoch sei es nicht unwahrscheinlich, daß man einige der erreichten Einigungsformeln ad referendum nehmen müsse. Die „Schweizerische Dep. Ag.“ meldet: Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen ergibt von selbst, daß die privaten Unterhaltungen zwischen den einzelnen Gruppen der Politiker und Sachverständigen einen breiteren Raum einnehmen als bisher, jedoch die Volltugungen der Delegierten in erster Linie dazu dienen, die in privaten Besprechungen geklärten Materien formell und materiell zu verarbeiten.

Die deutschen Voraussetzungen

Eine erhebliche Schwierigkeit für den Erfolg der Konferenz bieten jetzt die Voraussetzungen, von deren Erfüllung die deutsche Delegation den Abschluß des Rheinpactes abhängig macht und die in erster Linie Unterhaltungsgegenstand in den Privatbesprechungen der Minister sind.

Deutschland hat ein langes Programm anzumelden, das von Köln bis zur Saar und zur Luftfahrtnote reicht. Der Standpunkt der deutschen Regierung, ein Abschluß des Rheinpactes könne nicht ohne eine sofortige Räumung von Köln erfolgen, ist von den in Frage kommenden Delegationen bereits anerkannt. Die Forderungen der letzten Entwurfsnotiz der Völkerverbündungskonferenz sind tatsächlich von Deutschland schon in so weitgehender Weise erfüllt worden, daß die noch übrig bleibenden Einzelpunkte ebl. einer späteren Vereinbarung überlassen werden könnten. Was die übrigen deutschen Forderungen anlangt, so kann sich Deutschland mit der bloßen Zusagestellung nicht begnügen, während Briand aus innerpolitischen Gründen die zu erlassenden Maßnahmen zu gegebener Stunde „aus freier Initiative“ verkünden will. Die deutsche Delegation braucht bindende Zusagen zur Verhütung ihrer eigenen öffentlichen Meinung, die sich schon außer auf die Räumung von Köln auch auf die Erleichterung des Befahrungsvorschriften, der schnelleren Räumung der übrigen Zonen, die Luftfahrt und manches andere beziehen.

Der Bericht Dr. Kempners

Das Reichskabinett hielt Dienstagabend in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns eine Sitzung ab, in welcher der aus Locarno angekommene Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Kempner über den bisherigen Verlauf der Konferenz Bericht erstattete. Dr. Kempner, der im Laufe des heutigen Mittwochs wieder die Rückreise nach Locarno antreibt, wird heute vormittag nach Erledigung seines Vortrages beim Reichspräsidenten, seine Verichterstattung vor dem Reichskabinett, die diese Nacht nicht zum Abschluß gelangte, zu Ende zu führen.

In Locarno wurde die Entsendung Dr. Kempners nach Berlin viel kommentiert. In den maßgebenden deutschen Kreisen wird, dem W.D. zufolge, mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß von einer Verzögerung der Konferenzarbeiten durch diese Reise umfoweniger die Rede sein kann, als die deutsche Regierung in jedem Falle — gleichgültig, ob das Schlusergebnis der Konferenz sich positiv oder negativ gestaltet, an einer möglichst schleunigen Durchführung der Arbeiten unter Klarstellung der politischen Gesamtlage auf das lebhafteste interessiert ist. Abgesehen war die Entsendung eines Herrn aus der Umgebung des Reichskanzlers zur Verichterstattung nach Berlin über den Gesamtstand der hiesigen Verhandlungen von Anfang an vorgesehen, sobald ein hinreichender Überblick über die Lage möglich war. Dieses

Verfahren entspricht den bisherigen Gepflogenheiten auf politischen Konferenzen, an denen Deutschland beteiligt war und hat sich durchaus bewährt. Abgesehen dürfte anzunehmen sein, daß auch andere Delegationen ähnlich verfahren sind. Was die voraussichtliche Dauer der Konferenz anlangt, so gehen die Auffassungen hierüber in den einzelnen Delegationen auseinander. Während man in englischen Kreisen von der Erledigung aller schwebenden Fragen bis Ende der laufenden Woche spricht, hat man in den Lagern der östlichen Interessenten die Auffassung, daß mit der Beendigung der Zusammenkunft in Locarno erst in der zweiten Hälfte der kommenden Woche zu rechnen sei.

Die Vollziehung des Dienstags

fand erst in den späten Nachmittagsstunden statt. In dem Komunique über den Verlauf heißt es, daß der Gesamtbericht der Rechtsachverständigen über den letzten Stand der Redaktionsarbeiten, die ihnen zwecks Vorbereitung einer endgültigen Mediation des Sicherheitspaktes anvertraut waren, entgegengenommen wurde. Es wurde hinsichtlich des größten Teils der Punkte eine Einigung erzielt, während einige Punkte einer späteren Erörterung vorbehalten wurden.

Der Berichterstatter des B.V. meldet dazu: Während der Vollziehung ist der Text des Paktentwurfes besprochen worden. Ein Teil der Diskussion galt den Offfragen, wobei es jedoch zu endgültigen Beschlüssen nicht gekommen ist. Was den Artikel 16 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrifft, so hat sich die Sachlage gegenüber Montag nicht geändert. Heute Mittwoch nachmittag 5 Uhr findet eine weitere Vollziehung statt.

Verhandlungen mit den Polen

Dienstag vormittag stattete der polnische Außenminister Graf Stronski dem Reichskanzler einen Höflichkeitsbesuch ab, worauf er mit dem deutschen Außenminister Stresemann, dessen Bekanntschaft eine Zusammenkunft am Montag bei Briand vermittelt hatte, eine längere Unterredung hatte. Die Unterhaltung währte über eine Stunde. Man behandelte die Offfragen, in erster Linie die Gestaltung des eventuell abzuschließenden deutsch-polnischen Schiedsvertrages.

Wie der Pariser „Matin“ erfährt, erkenne man die ungeheure Bedeutung dieser Aussprache. Wenn Deutschland eine Entscheidung der Konflikte beabsichtigen sollte, je nachdem ob sie sich im Osten oder Westen ereigneten, dann müßten die von Frankreich abgeschlossenen Allianzverträge präzisiert und bestätigt werden und die Vorbehalte Deutschlands hinsichtlich des Art. 16 des Völkerbundsstatuts müßten genau unter die Lupe genommen werden. Im ersten Falle würde die Konferenz von Locarno ein entscheidender Erfolg in der Friedenssache sein. Im zweiten Falle würde sie zwar nicht ein Mißerfolg sein, aber das alte System der Defensivbündnisse könnte nicht völlige Sicherheit vor dem Kriege geben.

Benesch erklärte gestern dem Berichterstatter der „Daily Mail“ in Locarno, daß abgesehen von technischen Einzelheiten die Übereinstimmung über die östlichen Schiedsverträge mit Deutschland fast völlig sei.

Mißtrauensvotum gegen Severing. Die Deutsche Volkspartei des preussischen Landtages hat am Dienstag, ebenso wie schon früher die Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Severing eingebracht. Die „Voss. Zig.“ schreibt dazu, es bestehe keine Gefahr, daß es zu einer Regierungskrise kommt. Es werde in den Kreisen der Weimarer Koalitionsparteien bestimmt damit gerechnet, daß die Mißtrauensvoten abgelehnt werden. Die Entscheidung dürfte nach dem genannten Blatt Ende dieser oder anfangs nächster Woche fallen.

Verzögerung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Die in Aussicht genommene Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftsdelegation, die am 18. Oktober in Paris stattfinden sollte, wird, wie Gasas berichtet, wegen der Abwesenheit des Ministerialdirektors Severing, der sich augenblicklich in Budapest aufhält, um über den französisch-ungarischen Handelsvertrag zu verhandeln, eine Verzögerung erfahren. Die französische Delegation werde gegen den 20. Oktober der deutschen Delegation vom Geiste des Entgegenkommens getragene Gegenvorschläge unterbreiten.

Zur finanziellen Lage des badischen Landestheaters

Wie fast überall in Deutschland hat auch hier in Karlsruhe der Besuch von Theater- (und Konzert-) veranstaltungen merklich unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden. Beim badischen Landestheater ist diese Tatsache umso bedauerlicher, da sie im Widerspruch mit dem künstlerischen Aufschwung steht, den man seit Beginn der neuen Spielzeit an unserer Landesbühne beobachten kann. Wir haben also — um die Situation auf eine kurze Formel zu bringen — höchste künstlerische Qualität einerseits, mitunter beängstigend minimale Quantität andererseits, soweit das in der durchschnittlichen Besucherzahl statistisch zum Ausdruck kommt. Die Konsequenzen ergeben sich von selbst: Wer eine mit noch so reichen Mitteln und unter zielbewusster Leitung unternommene Sanierung zu gutem Ende bringen will, ist auf die Unterstützung weitester Kreise angewiesen. Aber daran scheint es heute eben zu fehlen, obwohl Karlsruhe im allgemeinen den Ruf einer opernfreundlichen Stadt genießt und doch gerade noch während der Inflation mit ihrer wirtschaftlichen Sinnflut sich wenigstens den Rohbau seines traditionellen Theaters gerettet hat.

Sich nun für die finanzielle Gesundung und Erhaltung des ehrwürdigen Hauses einzusetzen, war Zweck und Ziel einer gestern abend von der Arbeitsgemeinschaft der hiesigen Bürgervereine einberufene Versammlung. Wir behalten uns eine eingehende Stellungnahme zu den dabei aufgeworfenen Problemen vor, wollen jedoch in Betracht der Dringlichkeit des erörterten Fragenkomplexes schon heute kurz über den Verlauf der Versammlung referieren. Nachdem Herr Wilfer, der Vorsitzende der Bürgervereinigung, die zahlreich erschienenen begrüßt hatte, ergriff zunächst Oberregisseur Felix Baumbach das Wort, um in eindringlichen Ausführungen von der Bedeutung einer Kulturbühne zu reden und recht deutlich zu veranschaulichen, was ein abermaliger Niedergang nach so verheißungsvollem Aufstieg zu bedeuten hätte. Nach ihm sprach Verkehrsreferent Lacher etwa im Sinne des gestern veröffentlichten und in mehr als 300 000 Exemplaren verbreiteten Aufrufs, dabei Mittel und Wege aufzeigend, die trotz aller momentanen Schwierigkeiten nach seiner Meinung den Bestand

Politische Neuigkeiten

Trauerfeier für Dr. Preuß

Im Preussischen Landtag fand Dienstag vormittag die Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichsminister a. D. Prof. Dr. Hugo Preuß statt. Vor dem Portal bildete das Reichsbanner Spalier. Treppenhause und Wandelhalle waren durch Blatgrün und Trauerflor weißvoll geschmückt. Den in der Wandelhalle aufgeführten Sarg umgab eine Ehrenwache des Reichsbanners und der studentischen Korporation, der der Verstorbene nahegestanden hatte. Eine Fülle von Kranzgen, meist mit schwarz-rot-goldenen Schleifen, verdeckte den Sarg. An der Trauerfeier nahmen teil, als Vertreter des Reichsanzlers und der Reichsregierung der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, ferner der Reichsminister des Inneren Schiele, die Staatssekretäre Zweigert (Reichsministerium des Inneren) und Joel (Reichsjustizministerium), Ministerialdirektor Wäber und Wachsmann von der Reichskanzlei und Ministerialdirektor Bredt vom Reichsamt des Inneren.

In Anwesenheit der Witwe und Angehörigen des Entschlafenen, der Vertreter der Reichsregierung, der Staatsregierung, sonstiger Behörden und vieler Abgeordneten eröffnete Reichsminister Dr. Brauns die Feier, indem er das Beileid der Reichsregierung ausdrückte und das Werk des Dahingegangenen würdigte. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, die Staatssekretäre a. D. Koch, feierte den Verstorbenen gleichfalls als Schöpfer der Reichsverfassung und entwarf ein Bild seines Lebens. Landtagspräsident Bartels hob hervor, daß der Verstorbene bis zuletzt unermüdet dem Parlament und seinen Ausschüssen mitgearbeitet und besondere für die neue Städte- und Landgemeindevorbereitung geleistet hat. Justizrat Falk-Klein, der Vorsitzende der Demokratischen Landtagsfraktion feierte Preuß als Freund, Weggenossen und Führer der Demokratischen Fraktion. Major Pauff sprach für das Reichsbanner und Senatspräsident Großmann für den Republikanischen Reichsbund. — Dann wurde der Sarg unter den Klängen des Harmoniums aus dem Landtagsgebäude geleitet.

Großer Betrug bei der Reichsbank

Die „Voss. Zeitung“ meldet, daß die Reichsbank durch langjährige Betrügereien und Fälschungen des Leiters der Girokasse der Bank Charlottenburg, Franz Arnold, um etwa 500 000 Mark geschädigt worden ist. Arnold wurde Montag abend von der Kriminalpolizei verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Aufgedeckt wurden die Betrügereien dadurch, daß wegen der Pensionierung Arnolds am 1. Okt. die Bücher und die Girokonten seiner Abteilung nachgeprüft wurden. Soweit festgestellt wurde, hat Arnold das von ihm unterschlagene Geld an die Girokasse I der Stadt Berlin durch Mittelsmänner überwiesen. Es liegt die Vermutung nahe, daß er bei der Girokasse Helfershelfer gehabt hat. Außerdem ist vor einigen Tagen bei der Reichsbank in Breslau ein Scheck über 600 000 Mark vorgezeigt worden, der die Unterschrift von Arnold und einem andern Direktor trägt. Nach Mitternacht in Berlin hat sich der Scheck als gefälscht herausgestellt. Arnold, der als Fälscher festgestellt wurde, hat wahrscheinlich kurz vor seiner Pensionierung auf diese Weise versucht, noch einmal eine große Summe in die Hände zu bekommen, um damit zu flüchten.

Vom Reichsbankdirektorium wird dazu mitgeteilt: Arnold hat sich durch raffinierte Fälschungen von Belegen und falsche Eintragungen in die von ihm geführten Bücher einen Betrag von etwas über einer halben Million Mark angeeignet. Die Fälschungen und Berechnungen liegen zum Teil mehrere Monate zurück. Wie hoch der Schaden der Reichsbank sein wird, steht noch nicht fest. Die Ermittlungen über die Hilfspersonen, ohne die Arnold sein Verbrechen nicht hätte ausführen können, sind noch im Gange. Auch die Feststellungen über den mißglückten, durch die Aufmerksamkeit eines Breslauer Reichsbankbeamten vereitelten Versuches einer betrügerischen Überweisung von Charlottenburg nach Breslau sind noch nicht abgeschlossen.

des der künstlerischen Erbauung der schwer arbeitenden Bürgerschaft und der Umgegend dienenden Instituts sichern können. Auf Grund statistischen Materials gab er einen genauen Einblick in die veränderten Verhältnisse, die leider nach Zahl der Abonnenten und nach Durchschnittseinnahmen gegen früher einen erheblichen Rückgang aufweisen. In der anschließenden, teilweise sehr lebhaften Diskussion wurde bei voller Anerkennung des bisher künstlerisch Geleisteten verschiedenste Wünsche vorgebracht, die sich auf erschwinglichere Preise, auf Gestaltung des Spielplans, auf stärkere Heranziehung der Jugend u. a. erstreckten. Daran beteiligten sich besonders Direktor Hans Klum, Rechtsanwalt Dr. Veinsheimer, Herr Köbele, Frz. Nieger usw.

In seinem Schlusswort — und das ist immerhin ein sehr erfreuliches Zeichen — konnte jedoch Herr Lacher unter allgemeiner Zustimmung feststellen, daß die interessierten Kreise sich des Ernstes der gegenwärtigen Situation voll bewußt sind und kein Mittel der Propaganda und Reklame unberücksichtigt lassen werden, um die neue Art, die unter der großen künstlerischen und wirtschaftlichen Verantwortung von Staat und Stadt eingesetzt hat, nunmehr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hier und anderswärts zu unterstützen. S. G.

Ein Niesenwerk der deutschen Literatur. Wie die Wienerblätter erfahren, findet diese Woche eine Beratung der Germanisten der deutschen, schweizerischen und österreichischen Hochschulen wegen der vom österreichischen Bundesbundesverband geplanten Herausgabe eines Niesenwerkes der deutschen Literatur statt. Das auf ca. 150 Bände veranschlagte Werk wird den Gesamtteil bilden: „Deutsche Literaturgeschichte der Kunst- und Kulturdenkmäler in einzelnen Darstellungen.“

Pirandello in Berlin. Der italienische Dichter Pirandello ist am Sonntag aus Mailand kommend in Berlin eingetroffen, wo er mit den Schauspielern des Teatro d'Arte im Staatstheater gastieren wird. Abends gab der italienische Volkstheater Graf Vossardi seinem Landsmann ein Galabier an das sich ein Empfang in den Repräsentationsräumen der Volkshaus angeschlossen. Neben den Mitgliedern der Truppe Pirandellos waren die Leiter einer Reihe Berliner Bühnen, Diplomaten, Schriftsteller u. a. anwesend.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident in Kisten. Der Reichspräsident verließ Dienstag nachmittag in Bad Kissen, um dem Begräbnis seiner Schwägerin Frau von Manstein beizuwohnen. Um 7 Uhr abends trat er seine Rückreise nach Berlin an.

Urteil im Grevesmühler Landfriedensprozeß. Vom Schöffengericht Grevesmühle wurde Dienstag nachmittag das Urteil gegen die Reichsbannerleute Kühn und Genossen gesprochen. Es wurde wegen Landfriedensbruch zu Gefängnis verurteilt Kühn unter Jubilation mildernden Umständen zu 1½ Jahren. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahr bis einem Monat. Gegen das Urteil ist Revision und Berufung eingelegt worden.

Wieder ein Todesurteil in contumaciam. Das Kriegsgericht in Lüttich verurteilte den deutschen Schriftsteller Paul Star Guder in Abwesenheit zum Tode und zum dauernden Aufenthaltserbot in Belgien. Guder, der als Hauptmann im August 1914 den Durchmarsch durch Belgien mitmachte, wurde beschuldigt, am 18. August 1914 in Moresnet, eine Stunde von Aachen entfernt, den Befehl erteilt zu haben, einen Landwirt ohne Gerichtsbescheid zu erschießen, weil in dessen Haus ein Gewehr hing.

Direkte Eisenbahnverbindung Leningrad—Berlin. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages beabsichtigt das Eisenbahnlaboratorium, direkte Züge Leningrad—Königsberg und Leningrad—Berlin einzuführen.

Der der Auflösung der tschechisch-slowakischen Nationalversammlung. Nach übereinstimmenden Meldungen der Prager Regierungs- u. oppositionellen Presse werden die Kammer der tschechisch-slowakischen Nationalversammlung Ende dieser Woche aufgelöst werden. Am 15. November sollen die Neuwahlen stattfinden.

Die Festlandreise Macdonalds. Ramsay Macdonald hat Dienstag vormittags eine Reise nach dem Kontinent angetreten, die ihn nach Wien, Berlin, Prag und Brüssel führen wird. Macdonald befragte Berichterstatter gegenüber, daß die Reise eine rein persönliche Angelegenheit sei.

Bevorstehendes Ende der militärischen Operationen in Marokko. Nach einer Gasasmeldung aus Fez werden die aktiven militärischen Operationen demnächst eingestellt werden, da die Franzosen und die Spanier alle Ziele erreicht hätten und die bevorstehende Regenzeit neue Offenheiten unmöglich mache.

Amerikanische Truppen in Panama. Wie Reuters aus Panama meldet, sind dort auf Ersuchen der Regierung von Panama Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika eingetroffen, die die infolge des Ausbruchs eines Generalstreiks gestörte Ordnung in der Stadt wiederherstellen sollen.



Es genügt nicht

wenn du selbst dein Scherlein für die Zeppelin-Erdener-Spende hergibst. Du sollst auch die Lauen und Läßigen dazu veranlassen, sich an diesem Werke zu beteiligen.

Alle Reichsbankstellen, Banken und Sparkassen nehmen selbst kleinste Beiträge entgegen, auch können Zahlungen auf Postcheckkonto Stuttgart Nr. 5845 erfolgen

Badischer Teil

Tagung des Rhein-Wasserstraßen-Beirates

Der Rhein-Wasserstraßen-Beirat ist am 18. Okt. in Mainz zu einer Tagung zusammengetreten. Er ist zusammengesetzt aus Vertretern der Schifffahrt, der Expedition, der Grobhandfrachter des Handels und der Industrie, der Landwirtschaft, Fischerei usw. und hat die Aufgabe, den Regierungen in Fragen der Entwicklung der Schifffahrt und des Verkehrs, insbesondere aber in Bezug auf den Ausbau des Rheins selbst beratend zur Seite zu stehen. Es ist die erste amtliche Körperschaft für den Rhein als Ganzes ohne Unterscheidung der verschiedenen Bundesstaaten. Auf der Tagesordnung stehen die drei großen Probleme, mit denen man sich gegenwärtig beschäftigt: 1. Die Verbreiterung und Vertiefung des Ringer Lochs, 2. Ausbau des Neckarkanals und 3. Verbesserung des Oberrheins zwischen Stuttgart und Basel.

Tagungen

Die Buchhändler Badens haben unter großer Anteilnahme am Sonntag in Heidelberg das 50jährige Bestehen ihrer Organisation gefeiert, verbunden mit der Jubiläumstagung und der Jahresversammlung des Vereins.

Der Badische Turnlehrerverein hielt in Offenburg seine erste Vertreter- und Mitgliederversammlung (8. Hauptversammlung) ab. Oberreallehrer Leitz sprach über das neuzeitliche Frauen- und Mädchenturnen. Das deutsche Turnen sei kein starrs System, sondern allen guten Geistesrichtungen zugänglich. In der Vertreterversammlung gab Kreisrat Fischer-Karlsruhe einen Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vereins. Der Verein habe es abgelehnt, ein Fachverein zu werden. Als nächster Tagungsort wurde Konstanz bestimmt. Es folgten noch Vorträge über „Ausbau und Organisation“, über Übungen, turnerische Weiterbildung und Spielfeste.

Süddeutscher Bezirksverband deutscher Gaarformer. In Karlsruhe begann am Montag die 3. Tagung des Süddeutschen Bezirksverbandes deutscher Gaarformer unter Teilnahme zahlreicher Delegierter aus ganz Deutschland. Die Tagesordnung umfaßte meist interne Verbandsangelegenheiten. Einen breiten Raum nahm die Besprechung der Preisgestaltung ein. In diesem Zusammenhang wurde besonders die Erhöhung der Spirituspreise bekämpft. Einem Preisabbau stehe auch die Erhöhung der Parfümeriepreise um bis zu 40% entgegen. Auch verhindern zum großen Teil die hohen Löhne der Angestellten, daß die Preise herabgesetzt werden könnten. Eine Entschädigung wendet sich gegen die Durchbrechung der Sonntagsruhe durch die Bahnhofsfrische.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 14. Okt. 1925, 8 Uhr vorm. Der Vorüberzug der gestern gemeldeten Druckfronten an der Ostküste Englands brachte bereits gestern nachmittag für ganz Baden, besonders im nördlichen Teile, Niederschläge, die sich nachts noch verstärkten und bis heute morgen anhielten. Ein neuer kräftiger Tiefdruckwirbel über der Ostsee beherrschte gegenwärtig die Wetterlage von Deutschland. Daher ist mit wesentlicher Änderung des gegenwärtigen Wetters nicht zu rechnen. **Wettervorhersage** für Donnerstag: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Ev. Gemeindevorstellung. In der verg. Woche sind 4 Vorträge gehalten worden, nachdem eine große Woche, die der Südstädtischen Kirche veranstaltete, die Woche eröffnet hatte. Dr. Siegmund-Schulze aus Berlin sprach über die Frage: „Hat die Kirche soziale Aufgaben?“, dann behandelte Pfarrer Wenz aus Leipzig die Wohnungsnot, Lic. Bohn führte in seinem Vortrag aus, daß sittliche Reinheit eine Lebensfrage für unser Volk ist; die deutsche Alkoholnot wurde von Pfarrer Lic. Wielandt aus Berlin behandelt. Die Vorträge fanden größtenteils in dem großen Saal der Festhalle statt und machten auf die große Zuhörerschaft einen tiefen Eindruck. Diese Woche sah noch 3 weitere Vorträge vor. Pfarrer Dr. med. Minor behandelte die Bergnützungssucht und die Sonntagssucht, die bekannte Schriftstellerin Anna Schieber spricht über „Mütter des Volkes“ und zum Schluß Pfarrer Kappus über die 3 Worte: „Evangelium, Kirche, Volk“.

Erleichterung des Verkehrs Deutschland-Schweiz-Italien. Wie einer Meldung aus Rom zufolge verlautet, soll der Verkehr zwischen Italien, der Schweiz und Deutschland dadurch erleichtert werden, daß demnächst bei der Ausreise aus Italien die Passkontrolle in Como nur noch im Zuge erledigt werden soll.

Russische Aufträge. Bekanntlich hat Russland in den letzten Tagen wieder einige größere Aufträge an Maschinen begeben, an deren Lieferung auch die Industrie Westdeutschlands beteiligt ist. Wie das „Karlsruher Tagbl.“ dazu hört, sind auch die Berlin-Karlsruher Industriewerke mit einem erheblichen Bestelle beteiligt.

Stabilisierung der Fleischpreise. Nach einer Mitteilung der Regierung ist seit gestern hier ein Fleischschlag eingeleitet, der bei Schweinefleisch 10 und bei Rindfleisch 4 Prozent Pfund beträgt. Die Preise für die übrigen Fleischarten und Wurst haben sich nicht geändert.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Mit der Uraufführung der Komödie „Mittel und die 36 Gerechten“ am Sonntag, dem 18. Oktober, im Konzerthaus, erscheint Hans J. Neffisch, ihr Verfasser, dessen Tragikomödie „Der weint um Judenad“ im vorigen Jahre hier zur Erstaufführung kam, zum zweitenmal auf unserer Bühne. Der jetzt vierunddreißigjährige Lenke zuerst im Jahre 1919 mit dem Drama „Das Paradies“ die Aufmerksamkeit der Theaterleute und der Kritik auf sich. Seine Tragödie „Der Chauffeur Martin“ kam ein Jahr darauf in Mannheim zur Uraufführung. Das damals sehr beliebte, aber doch im ganzen ohne merkwürdigen Ruhm für die Gegenwartsdramatik abgewandelte Revolutionsmotiv wurde in diesem Drama zum erstenmal auf das Verhältnis des heutigen Menschen zur Gottesbegegnung. Mit der „Erziehung durch Kolibri“ wandte sich Neffisch der Komödie zu. Die Uraufführung des „Mittel und die 36 Gerechten“ findet gleichzeitig an neun Theatern statt, von denen das Badische Landestheater das Werk als erste Bühne mit dem Recht erwarb, den Uraufführungstermin nach eigenem Ermessen und mit verpflichtender Wirkung für die teilnehmenden Bühnen festzusetzen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 18. Okt. Professor Andreas Moser, der Biograph Prof. Joachims und angesehene Violin-Pädagoge, ist in Heidelberg im Alter von 60 Jahren gestorben. Moser lehrte früher an der Hochschule für Musik in Berlin das Violschulfach. Seine mit Joachim zusammen verfasste Violschule genießt nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland einen ausgezeichneten Ruf und ist allgemein verbreitet.

W.B. Freiburg, 18. Okt. Der französische Flieger Costes, der kürzlich vom hiesigen Schöffengericht wegen des Versuchs, deutsches Gebiet zu überfliegen, zu einer Geldstrafe von Mark 5000 verurteilt worden war, von der er noch einen Restbetrag von 2600 Mark zu bezahlen hat, erschien heute bei der Freiburger Staatsanwaltschaft und übergab als Abschlagszahlung den Betrag von 2650 Franken, was ungefähr einem Markwert von 607,50 Mark entspricht. Er hat weitere Zahlung in Aussicht gestellt.

Dr. St. Masten, 10. Okt. Die Zahl der Ausfälle betrug bis 30. September 7099 gegenüber 6741 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Dr. Konstanz, 12. Okt. Heute nachmittags 3 Uhr startete zum letzten Male in diesem Jahre ein Verkehrsflugzeug zum Flug nach Mannheim. Der Verkehr ist damit auf der Linie Konstanz-Billingen-Baden-Baden-Mannheim bis zum kommenden Frühjahr eingestellt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	14. Okt.		13. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.64	169.06	168.63	169.05
Kopenhagen 100 Kr.	104.12	104.38	102.49	102.75
London 100 £.	16.48	16.52	16.65	16.69
Paris 100 F.	20.308	20.358	20.306	20.356
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Brüssel 100 Fr.	19.895	19.935	19.145	19.185
Schwiz 100 Fr.	80.85	81.05	80.85	81.05
Wien 100 Schilling	59.13	59.17	59.13	59.17
Brag 100 Kr.	12.417	12.457	12.427	12.467

Stellung überall 100 Prozent

Die Deutsche Goldbank hat ihren Diskontsatz mit Wirkung von heute, 14. Oktober ab von 7 auf 8 Prozent herabgesetzt. Eine Veränderung des Reichsbankdiskontsatzes kommt nicht in Frage.

Amerika-Anleiheverhandlungen des deutschen Kali-Syndikats. Die vor einigen Monaten in Newyork eingeleiteten verbindlichen Vorbesprechungen für die Finanzierung der Geschäfte des deutschen Kali-Syndikats verwickeln sich, wie dem W.B. bestätigt wird, nunmehr zu ernsthaften Verhandlungen. Aber die Höhe der in Frage kommenden Summe ist

Endgültiges noch nicht zu sagen. Jedenfalls kann schon jetzt bemerkt werden, daß es sich um eine langfristige Anleihe handelt und die Summe von 15 Millionen Dollar sehr wesentlich überschritten werden wird. Die große Finanztransaktion ergibt sich aus der neuen Politik des Kali-Syndikats, das Geschäft auf eine breite internationale Basis zu stellen.

Interessengemeinschaft in der optischen Industrie. In der Aufsichtsratsitzung der Optischen Anstalt C. R. Götz - Aktiengesellschaft in Berlin-Zehlendorf wurde mitgeteilt, daß gesteigerter Umsätze wegen der niedrigen Verkaufspreise der Gesellschaft die Gesellschaft für 1924/25 dividendenlos bleiben wird. Zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Unternehmungen im Sinne einer möglichst rationalen Ausnutzung der Betriebsmittel ist mit der Jea A.-G. in Dresden und der Contea-Rettel A.-G. in Stuttgart eine langjährige Interessengemeinschaft abgeschlossen worden. Die Verwaltungsmittelglieder der beteiligten Unternehmungen sollen in die Aufsichtsräte der anderen Gesellschaften mit eintreten. Im Zusammenhang mit der Interessengemeinschaft erhöht die Götz-Gesellschaft ihr Aktienkapital um 1,4 Millionen auf 8,4 Millionen Reichsmark.

Staatsanzeiger

No. 112 636. Sonntagsheiligung, hier Arbeiten im Verkehrsgewerbe Norm. XXII.

An die Bezirksämter, die Polizeidirektion Baden sowie sämtliche Ortspolizeibehörden.

Nach § 4 der Verordnung über die weltliche Feier der Sonn- und Festtage vom 18. Juni 1892 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 287) ist an Sonntagen und den gebotenen Feiertagen u. a. auch die auf öffentlichen Straßen stattfindende gewerksmäßige Beförderung von Gütern mittels Fuhrwerken (auch Kraftfahrzeuge) und von Vieh verboten, soweit diese Arbeiten ohne sehr erhebliche wirtschaftliche Nachteile unterbrochen oder aufgeschoben werden können.

Auf diesen Rechtszustand wird aufmerksam gemacht, weil nach allgemeiner Wahrnehmung im Lande der Güterverkehr mit Pferdefuhrwerken und insbesondere auch mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen einen Umfang angenommen hat, welcher den Schluß zuläßt, daß die bestehenden Bestimmungen nicht durchgeführt werden. Es sei nur an die mit großem Geräusch verbundenen Weintransporte erinnert. Sogar zurzeit des Hauptgottesdienstes spielen sich geräuschvolle Transporte ab.

Sämtliche Polizeidienststellen werden daher beauftragt, auf die Anhaltung der bestehenden Vorschriften ihr Augenmerk zu richten. Die Öffentlichkeit wird von hier aus entsprechend unterrichtet. Sollten auch nach Erscheinen dieser Verwarnungen Zuwiderhandlungen wahrgenommen werden, so ist strafend einzuschreiten.

Karlsruhe, den 13. Oktober 1925.

Der Minister des Innern
Re m e l e

Staats-Lotterie
16. u. 17. Okt. Ziehung der 1. Klasse
Lospreise: € 810
1/8 1/4 1/2 1 1 Doppellos
3.- 6.- 12.- 24.- 48.- pro Kl.
Gewinnmöglichkeiten bei
1/8 Los = RM. 125 000
1/4 Los = RM. 250 000
1/2 Los = RM. 500 000
1 Los = RM. 1 000 000
1 Doppel-Los = RM. 2 000 000
ZWERG vormals Götze
Bad. Lotterie-Einnahmer, Karlsruhe
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828. Postscheckkonto 17808

RESI
Karlruhe, Kaiserstraße 110
Landau, Gerberstr. 4 Mannheim D 2, 8
Heidelberg, Hauptstraße 18
E. 808

Qualitätsarbeit! Mäßige Preise!
„Welträder“
sind als Gebrauchsräder unübertroffen
Generalvertrieb für Baden und die Pfalz
Fahrradgroßhandlung Wilhelm Müller
Karlsruhe i. B., Gottesauerstr. 6
Verkauf nur an anerkannte Fahrradhändler E. 813

Gleitschutz-, Schnee- u. Greif-Ketten
für
Personenwagen
mit Luftbereifung und Stollenreifen
Lastkraftwagen
mit Riesenluft-, Massiv- und Elastic-Reifen
sow. für Lanz-Bulldog, MWM-Motorpferd, Elektrokarren
Traktoren, Schlepper und alle sonstigen Fahrzeuge.
Spezialkettenhaus Fritz Heitz
Fernsprecher 2835 KARLSRUHE i. Baden Durlacher-Allee 58.

Wijnand Fockink
LIKÖRE
Weltberühmt seit 1679
AMSTERDAM KÖLN

Ausgewählte Lese- stücke zum Studium der politischen Ökonomie
Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Dietl und Professor Paul Nombert
Band XII:
Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. II. Abteilung: Programme und programmatische Kundgebungen
Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruhertstraße 14.
E. 102: Sauter Hermann, Kaufmann in Singen und Amalie geb. Engesser. Nach Vertrag vom 18. August 1925 besteht vollständige Gütertrennung. Adolfszell, 29. Aug. 1925. Bad. Amtsgericht I.
Schwellingen. E. 56 Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 445: Dengel Peter, Tischlermeister in Hohenheim und Margareta geb. Spiegel. Vertrag vom 9. September 1925 - Gütertrennung. Schwellingen, den 9. Oktober 1925. Bad. Amtsgericht I.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunfte
Argus Mannheim
O. 6. 6. Planken 38. 47 Fernspr. 3305
R. Maier & Co., G.m.b.H.

Junge Leute
erlern. Autofahren kostenl. d. Stell. als Autobegleiter i. all. Provinz. b. Gehalt, Verpflg. Später Führerschein. Viele Danksch. Inform. u. Rat d. Auto- u. Chauffeurs-Nachr. Organ d. Reichswirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e. G. m. b. H. Freiburg, geg. Küch. ver. Chauffeurs-Nachrichten, Berlin NW. 6. E. 667

Bornehme Ebevermittlung
Suche Damen und Herren für Auftraggeber jeden Standes zwecks Heirat.
H. Rungius, Darmstadt, Parcusr. 17 1/2
E. 6108
Güterrechtsregister.
Adolfszell. E. 59 Eintrag zum Güterrechtsregister Band 15
Badisches Landestheater
Donnerstag, den 15. Okt. 1925
E. 5. Th. Gem. I. E. Gr. Volksbühne S.-Gr.
In der Reinszenierung:
Manfred
Ein dramatisches Gedicht in 3 Akten von Lord Byron.
Musik von Robert Schumann.
In Szene gesetzt v. J. Baumbach.
Musikal. Leitung: Dr. F. Knoll
Personen:
Manfred Dahlen
Gensinger Herz
Abt von der Trend
Manuel Prüter
Hermann Gemmede
Königin der Alpen Scheinflug
Altrian Brand
Klante Emarth
Remesio Frauendorfer
I. Schicksalschwester Noeller
II. Schicksalschwester Albrecht
III. Schicksalschwester Clement
I. Geist Dr. Storz
II. Geist Weber
III. Geist Rühl
Wassergeist Blanz
Luftegeist Strauß
Erdegeist Dr. Buschepfennig
Weser
Wart
Lander
Lied
E. 59 Anfang 7 1/2 Ende 9 1/2
Sprecht 1-5.20 301.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
Freitag, den 16. Oktober, 8 Uhr abends
Einmaliger Filmvortrag
Deutschland
in der
Weltwirtschaft
Vortragender: H. Lindner
Kartenvorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr.
Preise: Mk. 0,80, 1,-, 1,30, 1,60, 1,80
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise E. 812

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 41

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B.,
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

14. Oktober 1925

Ein Preisausschreiben

Das Problem der Verbilligung der öffentlichen Verwaltung steht seit Jahren im Vordergrund des Interesses.

Das Reich hat Sparkommissionen eingesetzt, die an weithin sichtbarer Stelle, unterstützt von einem Sparauschuß des Reichstages, ihres Amtes nun seit einigen Jahren gewaltig haben. Man sagt, daß in zäher und sorgfältiger Einzelarbeit erhebliche Ergebnisse erzielt worden sein sollen. Nicht alle Zweige der Reichsverwaltung konnten freilich von der Tätigkeit erfasst werden, da ein Teil aus besonderen Gründen ausgeschlossen blieb. In Ländern und Gemeinden, von letzteren wissen wir es bestimmt, hat die Finanznot längst den Weg zur Sparbarkeit gewiesen, so wenig man es auch öffentlich anerkennt. Ausnahmen sollte man nicht verallgemeinern, sondern als Bestätigung der Regel ansehen. In sich hat es ein Reichsparkommissionar insofern gut, als das Ergebnis seiner Arbeit sich alsbald dem Reichsparlament und damit der großen Öffentlichkeit offenbart macht, wenn wir natürlich die mancherlei Widerstände auch nicht unterschätzen wollen, die den Weg zum Erfolge mühsam genug gestalten mögen. Aus dem Empfinden heraus, daß eine solche Beeinflussung auf dem Gebiete der Länderverwaltungen und der Gemeindeverwaltungen fehlt, obwohl man sie für dringend notwendig hält, ist der Vorschlag entstanden, durch ein Preisausschreiben Vorschläge zur wirtschaftlicheren Gestaltung der öffentlichen Verwaltungen in Deutschland zu gewinnen. Zum Träger der Idee hat sich die politische Wochenschrift „Der Deutsche Spiegel“ (Herausgeber Erich Haebler und Otto Krieger, Berlin) gemacht, die sich in ihrem Heft 26 vom 28. Juni 1925 in einem Artikel von Herrn Privatdozent Dr. Friedrich Naab-Gießen, Vorstand der Arbeitsstätte für sachliche Politik, über Beweggründe und Absichten des inzwischen erteilten Preisausschreibens äußert.

Es ist ein Kuratorium gebildet, in dem der Reichsparkommissionar, Herr Staatsminister a. D. Saemisch, Chefpräsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches und Herr Staatsminister a. D. von Loebell den Vorsitz führen und dem namhafte aktive und inaktive Politiker, Beamte und Vertreter der Wirtschaft als Mitglieder angehören. Unter den letzteren auch ein Kommunalbeamter, nämlich der Oberbürgermeister von Duisburg, Herr Reichsminister a. D. Jarres.

Aus den Bedingungen des Preisausschreibens, das Interessenten durch den Verlag der vorangehenden Wochenschrift (Berlin W 35, Potsdamer Straße 118) erhalten können, sei angeführt, daß die Arbeiten umfassende und zusammenhängende Vorschläge zur wirtschaftlicheren Gestaltung der gesamten öffentlichen Verwaltung Deutschlands, sowohl der Reichsverwaltung als auch der Verwaltung der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbände, enthalten sollen. Die Vorschläge sollen sich auf nachstehende Fragen erstrecken:

Beschränkung und Abgrenzung der Befugnisse und des Geschäftsbereichs der einzelnen Verbände, Verwaltungen und Behörden, insbesondere im Verhältnis von Reich und Ländern; Vorbereitung, Festsetzung und Durchführung der Haushaltspläne und der übrigen Gesetze, Verordnungen, Verträge und Entscheidungen; Rechnungs- und Kassensystem; Gliederung und Aufbau der Behörden; Gestaltung ihrer Tätigkeit, ihrer Technik, ihres Verkehrs untereinander und mit dem Publikum.

Bezüglich der Länder, Gemeinden usw. genügt die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse eines oder mehrerer Länder.

Erwünscht, aber nicht gefordert, sind Vorschläge zur wirtschaftlicheren Gestaltung der Einnahmen der öffentlichen Verbände sowie ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen.

Die Vorschläge müssen unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ohne wesentliche Änderungen der Verfassung durchführbar sein.

Als Preise sind ausgesetzt: 8000 Mk., 4000 Mk., 2000 Mk., zweimal 1000 Mk. und viermal 500 Mk.

Die Teilnahme an dem Ausschreiben steht jedermann frei mit Ausnahme der Mitglieder des Kuratoriums. Die Arbeiten sind bis zum 15. November 1925, mit Schreibmaschine in dreifacher Ausfertigung hergestellt, in einem Umfang von nicht wesentlich mehr als 50 beschriebenen Quartseiten (mit gewöhnlichem Zeilenabstand), wie üblich mit einem Kennwort versehen, unter Beifügung der genauen Abschrift des Verfassers in verschlossenem Umschlag, an den Notar, Herrn Rechtsanwalt Dr. Karl Görres, Berlin W 9, Potsdamer Straße 9, portofrei und eingeschrieben zu senden.

Aber die Verteilung der Preise beschließt ein aus neun Herren bestehendes Kuratorium.

Man kann vom Standpunkte des Beamten aus das Bemühen nur begrüßen und wird auch den Weg zum Ziele nicht als ungeeignet bezeichnen können.

Beamtenversammlung in Karlsruhe

am 12. Oktober 1925.

Angesichts der immer bedeutsamer sich gestaltenden wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft, hat der Ortsverband der Deutschen Beamtenschaft dieser Tage die Beamten von Karlsruhe zu einer großen, öffentlichen Versammlung im Saale des „Friedrichshof“ zusammengerufen.

Als erster Redner trat der Vorsitzende des Bad. Beamtenschaftsbundes, Herr Oberverwalter Thum auf den Plan und behandelte in fast 1-stündigen Ausführungen die Beamtenschaftsangelegenheiten, Personalabbau und die Besoldungsfragen. Beim zuletzt angeführten Gegenstand ging er gründlich auf die Haltung der Reichsregierung und der Regierungsparteien ein, die trotz mancher früheren Versprechungen in entscheidender Stunde eine Erhöhung der Beamtensätze abgelehnt haben. Den Hauptwiderstand erkennt die Beamtenschaft in der Person des Reichsfinanzministers v. Schlieffen, zu dem sie kein Vertrauen gewinnen könne. In ausführlicher Weise legt Redner dar, wozu eine solche ablehnende Stellungnahme die Beamtenschaft führen müsse: zur Verarmung und Verschuldung. So sehr die Preisabbaumaßnahmen Unterstützung verdienen, eine wirksame Hilfe können die Beamten in ihrer bedrängten Lage von ihnen nicht erhoffen.

Der Büroleiter Leppert, vom Gemeindebeamtenverband, ging sodann mehr auf die Gedanken der Erhaltung des Berufsbeamtentums, das Treueverhältnis der Beamten zum Staat und die Machtstellung gewisser Berufsgruppen ein, wie sie sich nach den letzten Reichstagswahlen in der Zusammenfassung der Regierung herausgebildet haben, und an der manche Beamte mitschuldig seien.

In der anschließenden Diskussion ergriffen die Abgeordneten des badischen Landtags, Dr. Mayer (D. Natl.), Weismann (Soz.) und Dr. Glodner (Dem.) das Wort, um den Standpunkt der Volksvertretung darzulegen. Außerdem haben noch zahlreiche Versammlungsteilnehmer dem Hauptvortrag teils zustimmend, teils ihn ergänzend, das Wort ergriffen, worunter die Mitteilung von der in Baden bevorstehenden Einstellung des Personalabbaues nach den Reichsgrundrissen und von der Möglichkeit der Rückkehr zur 48-stündigen Arbeitszeit zunächst ausschließlich der Wirtschaftsbetriebe (um eine Personalvermehrung hintanzuhalten), hervorzuheben ist.

Am Schluß der zahlreich besuchten Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Beamtenschaft der Landeshauptstadt Karlsruhe hat mit Entrüstung die ablehnende Haltung der Reichsregierung in allen die Beamtensätze betreffenden Fragen, vor allem in der jüngst abgelehnten Besoldungserhöhung erkannt.

Wir Beamte in der Landeshauptstadt Karlsruhe, sowohl aus dem Reichs-, wie aus dem Staats- und Gemeinbedienst, wenden uns bewußt gegen die Willkür einer Reichsregierung der Gruppe der Wirtschaft gegenüber. Wir geben

von dem Gedanken aus, daß eine Reichsregierung eine einseitige Interessenpolitik nicht gutheißen darf, wenn sie das Vertrauen der Masse der Staatsdiener und der Öffentlichkeit für sich in Anspruch nehmen will. In gleichem Sinne schließen sich die Beamten des Ruhestandes dieser Erklärung an.

Wir verurteilen weiterhin die Interesslosigkeit politischer Parteien gegenüber den Beamtensätzen und vermögen die uns vor den Parlamentswahlen abgegebene Versprechung derselben nicht anders als Stimmentang zu bezeichnen, nachdem feststeht, daß die von einzelnen Parteien eingebrachten Anträge durch dieselben Parteien niedergestimmt wurden.

Von einer künftigen Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und politischen Parteien aber fordern wir:

1. die baldige Schaffung eines einheitlichen deutschen Beamtensatzes auf der Grundlage des von der demokratischen Partei eingebrachten Entwurfes des Deutschen Beamtenschaftsbundes;
2. die Sicherung des physischen Existenzminimums für alle im Dienste des Reiches, der Länder und Gemeinden Tätigen, und darüber hinaus die Gewährung des sozialen Existenzminimums im Rahmen der zurzeit vorhandenen Möglichkeiten;
3. die endliche Zuriinnahme des Besoldungssperregesetzes als des einzigen Hindernisses für die Länder und Kommunalverwaltungen, die Beamtenschaft geziemend zu entlohnen;
4. Wir fordern sodann, daß die von der Reichsregierung unternommene Aktion zur Preisreduzierung rücksichtslos und mit dem Nachdruck umfassend betrieben werde, den der Ernst der derzeitigen Situation angesichts des kommenden Winters verlangt.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung das Interesse der Gesamtheit künftighin in erster Linie im Auge behalte und in Befolg dessen die Diener des Reiches, der Länder und Gemeinden in Wahrung ihrer verbrieften Rechte gegenüber materiellen Sorgen der Entlohnung, des Abbaues usw. in soweit sicherstellt, als das öffentliche Interesse es erfordert.

Zeitschriftenschau

„Städereien und Spizen“. Blätter für kunstliebende Frauen. Herausgeber Hofrat Dr. h. c. Alexander Koch-Darmstadt. Zeitschrift. (Heft 1. / Oktober). — Eine gemeinlich „geistige Einstellung“, eine gleiche Zielrichtung ist erforderlich, um sich im heutigen Weltkampf gemeinsam durchsetzen zu können. So auch auf dem Gebiet der Frauenhandarbeit, der edlen Stiderei- und Spitzenkunst! Frische, lebendige, schlichte, natürliche, bessere Dinge zu schaffen, ist gemeinsames Ziel. Dinge, die allen gefallen, weil sie Raune, bewegtes Leben, Spannkraft und echte Gestaltung aufweisen, die übereinstimmt mit dem Rhythmus und dem Grundempfinden unserer Zeit.“ Vorbildliche Arbeiten dieser Art, die Kunst der schönsten Stidereien und Spizen, die Spitzenleistungen neuerlicher Frauenhandarbeit in Zentraluropa bietet ihrem internationalen Leserkreis die Kunstschau „Stidereien und Spizen“. Das Werk des Oktoberheft, das 1. Heft des neuen Jahrgangs dieser reizvollen „Blätter für kunstliebende Frauen“, das in ca. 40 großen Abbildungen, mit 1 Bierfarb- und 4 Sepiaton-Beilagen u. naturgroßer Stidvorlage einen reichen Inhalt bringt.

Eine Revue der Moden bietet die eben erschienene neue Nummer der „Eleganten Welt“. Die jeweils interessantesten Modelle der führenden Berliner Modedesigner definieren über eine große Reihe von Seiten, wobei jeder Arma ein Blatt für sich gewidmet ist. An die „Revue der Moden“ schließt sich ein nicht weniger fesselnder Artikel über die „Mode der Revuen“. Andere reich illustrierte Artikel über modische Themen, wie: „Der obligate Abendumhang“, „Der Wandel der Pelzmöden“ etc., über letzte Theaterpremierer beschließen den wie immer reichen Inhalt der neuesten Ausgabe der „Eleganten Welt“.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Pianos Besuchen Sie mein Lager und Sie werden staunen über Preis und Qualität
Teilzahlung gestattet 480

Sprechapparate G. Kunz
KARLSRUHE
Kronenstr. 10

Kunsthandlung Wandschmuck für jeden Geschmack in reichster Auswahl

MOOS KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

TRAUER-HÜTE in größter Auswahl bei 476

L. PH. WILHELM Anruf 1609 KARLSRUHE Kaiserstr. 205

SINGER NÄHMASCHINEN Erleichterte Zahlungsbedingungen 479
Ersatzteile - Nadeln - Oel - Garn - Reparaturen

SINGER CO. KARLSRUHE Nähmaschinen Act-Ges. Kaiserstr. 124

Das **Tapeten-Haus** von **Rieger & Matthes Nchf.**
Kaiserstraße 186 KARLSRUHE Fernruf 1783
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**
Muster stehen gerne zur Verfügung 477

Spenglers Geschichts-Philosophie Eine Kritik
Von Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelarten
Rascheste Lieferung 474
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Holzbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 472
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempelgiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.